

In Venezuela wird Benzin knapp Seite 17

Kim gegen die Nationalbank WEBSTANDARD Seite 22

derStandard.at/Wirtschaft



Arbeitslose als Parkwächter und Lehrergehilfen

Die Regierung will bis zum kommenden Jahr 20.000 Stellen für Menschen über 50 schaffen, die keine Arbeit finden. Sie könnten in Schulen helfen oder Parks bewachen, heißt es. Ob so viele Jobs gefunden werden können, ist unklar.

Andreas Sator

Wien – Es ist ein gewaltiges Projekt, das die Regierung in Angriff nimmt. Alleine in Wien sollen im kommenden Jahr 7.500 staatliche Vollzeitjobs für Langzeitarbeitslose über 50 geschaffen werden. Das sind fast so viele Stellen, wie der Einzelhandelsriese Hofer in ganz Österreich hat, nicht nur an Kassen, sondern etwa auch in der Verwaltung und im Management.

Derzeit wird geprüft, wo es Bedarf an Jobs gibt, für die im Moment noch kein Geld da ist. „Großes Interesse kommt etwa aus den Schulen“, sagt Fritz Meißl, Chef des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (Waff), der das Projekt für Wien koordiniert, zum STANDARD.

„Arbeitslose könnten Lehrer unterstützen und sie von administrativen Aufgaben entlasten“, sagt er. Auch für Reinigungsarbeiten im öffentlichen Raum brauche es Leute. „Oder wenn man subjektive Unsicherheitsgefühle ansprechen will, könnten Leute in U-Bah-



Ältere Arbeitslose finden oft nur wegen ihres Geburtsdatums keinen Job, sagen Experten. Die Regierung reagiert und will tausende geförderte Jobs anbieten, um den Menschen wieder eine Perspektive zu geben.

Foto: Matthias Cremer

nen oder Parks stehen, um zu zeigen: Es ist jemand da.“

Derzeit laufen die Vorbereitungen für das relativ kurzfristig anberaumte Megaprojekt, im Juli starten in allen Bundesländern Pilotprojekte. In Wien werden dann fürs Erste 200 Leute, die seit einem Jahr auf Jobsuche sind, angestellt.

Wo genau, steht noch nicht fest. Vorher müssen erst die rechtlichen Details geklärt werden, sagt Meißl, sie sollen bis Ende April stehen. Fraglich ist etwa noch, wer für die Kosten der Ausbildung aufkommt. „Bis zu einem Monat werden wir die Leute schon schulen müssen“, sagt die Wiener AMS-Chefin Petra Draxl zum STANDARD. „Wenn ich in einen Kindergarten gehe, muss ich Grundprinzipien der Pädagogik lernen, wer in einer Schule hilft, muss sich mit der EDV auskennen.“

Im Herbst plant das AMS zwei Veranstaltungen, bei der ältere Arbeitslose und gemeinnützige Firmen zusammengebracht werden sollen. „Damit sie sehen, was es gibt und sie kundtun können, was sie interessiert“, so Draxl.

Fix ist jetzt auch, dass es während der Arbeit eine Betreuung für die ehemals Arbeitslosen geben

soll. In sozialen Firmen, die schon jetzt tausende Menschen ohne Job beschäftigen, ist etwa meist ein Sozialarbeiter vor Ort.

Schwer vermittelbar

Auf ganz Österreich übertragen sollen so viele Stellen geschaffen werden, als würde man mehr als zwei neue staatliche Konzerne der Größe Hofers gründen. 20.000 ältere Arbeitslose sollen 2018 durch die sogenannte Aktion 20.000 eine Arbeit in Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen oder sozialen Firmen finden.

Zuletzt gelang es nur, 19 Prozent der Langzeitarbeitslosen über 50 wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sagte Sozialminister Alois Stöger am Montag bei einer Pressekonferenz, in der die Aktion präsentiert wurde. Angekündigt wurde sie als Teil des neuen Regierungsprogramms im Jänner.

Im Herbst 2018 wird die Aktion evaluiert, sagte Stöger, läuft sie gut, soll sie um ein Jahr verlängert werden. Dann hängt das Schicksal des Projekts, das im Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro kostet, von der nächsten Regierung ab. Stöger wünscht sich, dass es verlängert wird. Wenn notwendig, sollen Arbeitslose auch bis zur Pension in einer zu hundert Prozent geförderten Stelle bleiben. Das wäre ein Paradigmenwechsel, im Moment werden Jobs in sozialen Firmen meist nur für sechs Monate, maximal aber für ein Jahr vollständig gefördert.

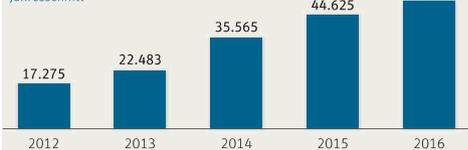
Dass nicht klar ist, für wie lange die Stellen subventioniert werden, macht das Ganze nicht unbedingt einfacher. „Was machen wir mit den Leuten dann in zwei Jahren?“, heißt es dazu etwa aus dem Gemeindebund.

Kommentar Seite 28

Immer mehr ältere Langzeitarbeitslose

Personen ab 50 Jahren, die länger als ein Jahr arbeitslos sind

Jahresschnitt



Quellen: APA, Sozialministerium

DER STANDARD

„Goldene Epoche“ im Export

Deutsche Firmenchefs sehen steigende Nachfrage

Berlin – Die Stimmung unter deutschen Firmenchefs ist so gut wie zuletzt vor sechs Jahren. „Der Aufschwung gewinnt an Kraft“, sagte der Präsident des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo) Clemens Fuest bei Vorlage des Ifo-Geschäftsklimaindex am Montag. Besser beurteilt werden sowohl Lage als auch Aussichten für die kommenden sechs Monate.

Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im März um 1,2 auf 112,3 Punkte. „Dies ist der höchste Wert seit Juli 2011“, so das Ifo über die Umfrage unter 7000 Managern. Besonders in der exportabhängigen Industrie verbesserte sich die Stimmung. „Ein Grund für die sehr gute Entwicklung war eine erneut anziehende Nachfrage“, sagte Fuest. Im Einzelhandel ging es ebenfalls nach oben, während sich das Klima im Großhandel etwas eintrübte. In der Baubranche schätzen Firmen ihre Lage so gut ein wie noch nie seit 1991. „Wenn es läuft, läuft’s“, sagte der Europa-Chefvolkswirt von

Nordea, Holger Sandte. Die hohen Erwartungen deuteten darauf hin, dass stärker in Maschinen und andere Ausrüstungen investiert werden könnte. „Trotz aller politischen Umbrüche scheint sich der Konjunkturverlauf in einer goldenen Epoche zu befinden“, sagte der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel.

Wie die österreichische profitiert auch die deutsche Wirtschaft von der globalen Konjunktur. Allerdings bleiben Risiken – von der Wahl in Frankreich über den Brexit bis hin zu protektionistischen Maßnahmen unter US-Präsident Donald Trump.

Rund läuft es auch in China. Die Industrie hat ihre Gewinne im Jänner und Februar um fast ein Drittel gesteigert. Sie legten gegenüber dem Vorjahr zusammen um 31,5 Prozent auf umgerechnet rund 135 Milliarden Euro zu, teilte das Statistikamt in Peking mit. Dafür sorgten in erster Linie steigende Preise für Kohle, Stahl und Rohöl. (Reuters)

Nach Zwangspause ziehen Mieten stärker an

Mietrichtwerterhöhung ab April beträgt zwischen 3,4 bis 3,6 Prozent

jährige Anpassungsrythmus wieder eingehalten werden.

Das Richtwertgesetz regelt Altbauverträge, die ab 1. März 1994 abgeschlossen wurden, gilt aber auch in Wiener Gemeindeförderung mit Mietverträgen ab 2004. In Wien betrug der Richtwert bisher 5,39 Euro pro Quadratmeter Nutzfläche, künftig

sind es 5,58 Euro/m². Außer im Burgenland sind die Richtwerte überall höher. In den Werten sind jedoch noch keine Zu- oder Abschläge oder Ausstattungsmerkmale berücksichtigt, sie werden üblicherweise extra angehoben. Erhöht werden können nur Mietverträge mit Wertsicherungsklausel – und Neuverträge. (APA)

Mietrichtwerte | ab 1. April 2017

pro m² in Euro seit 1. April 2014 ab 1. April 2017



Quelle: APA

DER STANDARD